

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 33
36. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
18. August 1928

Ercheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Verkaufspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. Scheffler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18. Am Silesischen Platz 2.
Telefon: 4111. Postamt: Berlin 18. Postfach 6246.

Geldanzeigen werden nach Tarif berechnet. Geschäftsvermittlungen 50 Pfennig die Zeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Zeile.

Annahme der Invalidenunterstützung

Vorläufiges Ergebnis: 116 704 Ja-Stimmen, 37 466 Nein-Stimmen

Nach den vorläufigen Feststellungen haben sich an der Urabstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung 155 743 Mitglieder beteiligt. Davon haben 116 704 mit Ja und 37 466 mit Nein gestimmt. 1573 Stimmen sind ungültig. Aus 179 meist kleineren Verwaltungsstellen ist das Abstimmungs-material beim Verbandsvorstand noch nicht eingegangen. Aber weder von hier noch durch die Nachprüfung der Abstimmungsberichte einzelner Verwaltungsstellen ist eine wesentliche Änderung des bis jetzt festgestellten Ergebnisses der Urabstimmung zu erwarten. Die Einführung der Invalidenunterstützung ist also beschlossen, und zwar mit einer Dreiviertelmehrheit der Abstimmenden.

Das Ergebnis entspricht unserer Erwartung. Was uns nicht befriedigt, ist die Beteiligung an der Abstimmung. Nur die Hälfte der Mitglieder hat ihren Stimmzettel abgegeben. Gemessen an den Urabstimmungen in anderen Verbänden, könnten wir mit dieser Beteiligung zufrieden sein. Die Einführung der Invalidenunterstützung ist für alle Kolleginnen und Kollegen aber eine so wichtige Angelegenheit, daß jedes Mitglied seine Stimme in die Waagschale hätte werfen müssen. In den einzelnen Verwaltungsstellen ist die Beteiligung natürlich sehr unterschiedlich gewesen. Während in einigen Orten fast alle Mitglieder sich an der Abstimmung beteiligt haben, war es in anderen nur ein Bruchteil. Woran das liegt, läßt sich von hier aus nicht sagen, und wir wollen es auch nicht untersuchen, aber die Ortsverwaltungen sollten sich eingehend darum kümmern. Vielleicht haben hier und da auch die Mitglieder dazu Anlaß, denn es will uns scheinen, als ob manche Ortsverwaltung in der Aufklärung der Mitglieder und bei der Austeilung und der Einsammlung der Stimmzettel ihre Pflicht nicht voll getan hat.

Vielleicht wird die Frage aufgeworfen, wie das Abstimmungsergebnis sein würde, wenn alle Mitglieder ihren Stimmzettel abgegeben hätten. Dann wäre die Mehrheit für die Invalidenunterstützung noch viel größer. Die Mitglieder, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben, sind im allgemeinen jene, die der Meinung sind, es wird auch ohne sie alles so gemacht, wie es notwendig und zweckmäßig ist. Wenn es auch so ist, so ist das Beiseitstehen großer Teile der Mitgliedschaft bei der Entscheidung wichtiger Verbandsfragen dennoch recht bedauerlich. Die Urabstimmung ist gemacht worden, um allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, direkt und ohne Zeit- und Geldkosten zu bestimmen, ob die Invalidenunterstützung eingeführt werden soll oder nicht. Und da hatten auch alle Mitglieder die Pflicht, den Stimmzettel auszufüllen und abzugeben. Wir wollen hoffen, daß die Kolleginnen und Kollegen, die diesmal pflichtwidrig beiseite gestanden haben, in Zukunft ihre volle Schuldigkeit tun. Das liegt in ihrem eigenen Interesse.

Die Gegner der Invalidenunterstützung haben sich an der Abstimmung wohl restlos beteiligt. Natürlich hat die Kommunistische Partei geglaubt, auch bei dieser Gelegenheit wieder ihr Stüppchen kochen zu können. Ihre Zeitungen haben wochenlang das dümmste Zeug über unseren Holzarbeiter-Verband und seine Invalidenunterstützung zusammengeschrieben. Die Gewerkschaftsabteilung der KPD in Berlin hat außerdem ein Flugblatt verbreitet, das in aller Gegenden der Republik verteilt worden ist. In Chemnitz und Leipzig haben die KPD-Holzarbeiter-Fraktionen noch ein übriges getan, indem sie Sonderflugblätter herausgegeben haben. Auf den Inhalt dieser Papiermasse brauchen wir nicht einzugehen, es ist der übliche „revolutionäre“ Unsinn, vermengt mit Lügen und Verleumdungen. Wie das Abstimmungs-

ergebnis in einer Reihe von bewußten Verwaltungsstellen beweist, haben die kommunistisch gesinnten Kollegen sich den Teufel um die Parole ihrer Parteileitung gekümmert.

Unter den Nein-Stimmern werden nur wenige grundsätzliche Gegner der Invalidenunterstützung vorhanden sein. Wenn sie trotzdem dagegen gestimmt haben, so wohl wegen der damit verbundenen Beitragserhöhung. Auch die Ja-Stimmern werden über diese Frage nachgedacht haben. Der Verbandsvorstand hat in der Begründung seiner Vorlage überzeugend nachgewiesen, daß die Einführung der Invalidenunterstützung eine entsprechende Beitragserhöhung bedingt. Wer die Invalidenunterstützung will, muß wohl oder übel auch für die Beitragserhöhung sein. Wenn die übergroße Mehrheit der an der Abstimmung beteiligten Mitglieder für die Invalidenunterstützung gestimmt hat, so in der richtigen Erkenntnis, daß die Beitragserhöhung gar nicht ins Gewicht fällt gegenüber den damit verbundenen Vorteilen. Und so ist es in der Tat. Das werden auch die noch einsehenden, die heute anderer Meinung sind.

Durch die Annahme der Invalidenunterstützung ist eine oft beklagte Lücke in unseren Unterstützungsleistungen ausgefüllt. Der Verband hilft nun nicht nur seinen streitenden, gemahregelten, reisenden, arbeitslosen und kranken Mitgliedern, sondern auch den invaliden Kolleginnen und Kollegen, und zwar für die ganze Dauer der Invalidität.

Wie die Bestimmungen über die Unterstützung sich bewähren werden, muß die Erfahrung lehren. Jeder Verbandstag hat die Möglichkeit, die Unterstützungssätze zu erhöhen. Borerst wird das aber nicht ratsam und auch nicht notwendig sein. Die Unterstützungssätze steigen mit der Dauer der Mitgliedschaft. Je länger man dem Verbands angehört, um so höher ist die Unterstützung. Daraus ergibt sich für jeden Kollegen und jede Kollegin die selbstverständliche Pflicht, peinlich darauf zu achten, daß die Mitgliedschaft nicht durch irgendeinen Umstand erlischt. Wer seine Mitgliedschaft verliert, erleidet einen nicht wieder einzubringenden Verlust!

Die Invalidenunterstützung erhöht auch die Werbekraft des Verbandes. Mancher Holzarbeiter, der für die Organisation bisher schwer zu gewinnen war, wird dem Verband jetzt ein größeres Interesse entgegenbringen. Darum fordern wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, mit neuer Kraft unermüdet für den Verband zu werben. Je größer die Mitgliederzahl, um so leistungsfähiger wird der Verband sein auf allen Gebieten seines großen Arbeitsfeldes.

Wenn es auch selbstverständlich ist, so wollen wir doch noch ausdrücklich feststellen, daß die Einführung der Invalidenunterstützung an dem Kampfcharakter unseres Holzarbeiter-Verbandes nichts ändert. Seine Hauptaufgabe ist nach wie vor die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, die Schaffung der besten Lebensmöglichkeiten für seine Mitglieder. Die sozialen Unterstützungen erschweren nicht, sondern fördern diese Aufgabe. Darum begrüßen wir das Ergebnis der Urabstimmung.

Aber das endgültige Ergebnis der Urabstimmung werden wir in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichten. Im Zusammenhang damit erfolgt die Veröffentlichung einer Übersicht über das Abstimmungsergebnis in allen Verwaltungsstellen.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues.

Von Dr. Kurt Mendelsohn.

Nach einem Jahr umfangreicher Wohnungsneubautätigkeit (1927 wurden rund 270 000 Wohnungen fertiggestellt bzw. in Bau genommen) ist die Wohnungsproduktion im laufenden Jahre erst sehr spät und in stark verringertem Umfang in Gang gekommen. Die unzulängliche diesjährige Neubautätigkeit ist vor allem auf Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen. Da die Finanzierung des Wohnungsbaues sich überhaupt gegenüber den Vorkriegsverhältnissen grundlegend gewandelt hat, ist es zum Verständnis der jetzt wieder auftretenden Schwierigkeiten notwendig, das gesamte Finanzierungssystem der Bauwirtschaft näher zu betrachten.

Die Bauunternehmung arbeitet wie jede andere Unternehmung nicht nur mit Eigenkapital, sondern auch mit Kreditkapital. Das fremde Kapital spielt dabei in der Bauwirtschaft eine verhältnismäßig viel größere Rolle als in anderen Produktionsgebieten. Man nahm in der Vorkriegszeit an, daß der Gesamtaufwand für die Wohnungsproduktion, der sich aus Grundstückspreis, den eigentlichen Erbauungskosten und den Nebenkosten (Kanalisation, Bürgersteigregulierung usw.) zusammensetzt, nur bis zu einem Viertel vom Eigenkapital der Bauunternehmer und zu mehr als drei Viertel vom Kreditkapital bestritten wurde. Für die Vorkriegszeit, jedenfalls bis zum Jahre 1912, wurde der alljährliche Neuzugang an Wohnungen auf rund 240 000, hiervon 200 000 Kleinwohnungen, beziffert, deren Fertigstellung rund 2 Milliarden Mark erforderte. Davon wurden etwa 1 1/2 Milliarden Mark durch Hypothekendarlehen aufgebracht.

Um den zurzeit noch bestehenden dringlichen Kreditbedarf von etwa 800 000 Wohnungen in zehn Jahren auszugleichen, müßten alljährlich außer den zurzeit erforderlichen 200 000 Wohnungen zur Befriedigung des Neubedarfs noch weitere 60 000 Wohnungen gebaut werden. Die Durchführung eines derartigen Bauprogramms von rund 280 000 Wohnungen erfordert, wie man aus den Vorkriegserfahrungen weiß, bei den derzeitigen Baukosten einen Gesamtaufwand von mehr als 3 Milliarden Mark, das ist mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Sparkasseneinlagen. Da heute nur ferner die Wohnungsproduktion zu einem bedeutend kleineren Teil als in der Vorkriegszeit aus eigenen Mitteln bestritten wird — das Eigenkapital bei der Herstellung von Mietwohnungen beträgt zumeist nur 10 Prozent — müßten alljährlich mindestens 2 1/2 Milliarden Mark Bankkredite der Wohnungsproduktion zugeleitet werden, um ein der Wohnungsnot wirklich steuerndes Bauprogramm durchzuführen.

Die Aufbringung derartig großer Mittel auf dem heimischen Kapitalmarkt stößt selbstverständlich auf große Schwierigkeiten. Die Rationalisierungsbemühungen in der Industrie, die umfangreichen Reinvestitionen und der noch immer gegenüber 1925/26 gesteigerte Produktionsumfang haben große Kapitalien beansprucht. Der inländische deutsche Kapitalmarkt ist nun durch die starken Kapitaleinbußen der Nachkriegszeit und durch den fühlbaren Kapitalentzug durch die Reparationsleistungen zu stark eingeeignet, als daß er bei starker allgemeiner Kapitalbeanspruchung auch den Kapitalbedarf der Bauwirtschaft ausreichend befriedigen könnte. Während in der Zeit schlechter Konjunktur im Jahre 1926 und auch noch in den ersten Monaten von 1927 der Kapitalmarkt äußerst aufnahmefähig war, so daß die Bauwirtschaft sich billige Kredite beschaffen konnte, sind mit zunehmender Besserung der Konjunktur die Kapitalien für den Bauproduktionsmarkt fühlbar verknappt und die Kredite wieder erheblich verteuert worden. Daß die Schwierigkeiten sich nicht noch mehr gesteigert haben, ist im wesentlichen dem Umstand zu verdanken, daß staatliche Mittel in hervorragendem Umfang der Bauwirtschaft regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Die großen Kapitalien, die die öffentliche Hand dem Wohnungsbau zur Verfügung stellt, ermöglichen einerseits eine Verbilligung des Mietzinses der Neuwohnungen und verhindern andererseits, daß die Bauwirtschaft durch Konjunkturschwankungen und Abhängigkeit vom Kapitalmarkt noch größeren Störungen unterworfen ist.

Die Formen der privaten Baufinanzierung, soweit sie nicht von staatlicher Seite erfolgt, sind im wesentlichen die gleichen wie in der Vorkriegszeit, dagegen sind hinsichtlich der Kreditquellen große Wandlungen eingetreten. Der gewerbsmäßige Bauunternehmer nimmt zur Finanzierung des Hausbaues Darlehen auf, zu deren Sicherheit er dem Darlehensgeber eine Hypothek (wörtliche Übertragung: Unterlage, Unterpfand), ein Pfandrecht am Grund-

stüß und seinen Erträgen, den Mieten, einräumt. Durch die hypothekarische Sicherstellung und Eintragung der Hypothekensicherung ins Grundbuch erhält der Hypothekengläubiger ein Pfandrecht am Grundstück. Falls der Grundstückseigentümer die Hypothekenzinsen nicht zahlt oder bei Fälligkeit das Darlehen nicht begleicht, kann der Darlehensgeber das Grundstück zur Zwangsversteigerung bringen und aus dem Versteigerungserlös zunächst die Befriedigung der Hypothekensicherung verlangen.

Da zur Finanzierung eines Grundstücks häufig nicht nur ein Darlehensgeber, sondern mehrere herangezogen werden, sind die meisten Grundstücke auch mit mehreren Hypotheken belastet, die man je nach der Rangordnung (der Reihenfolge ihrer Eintragung im Grundbuch) als 1. Hypothek, 2. Hypothek, 3. Hypothek bezeichnet. Da nach der Rangordnung auch die Befriedigung der Darlehensforderungen bei eventuellem Zwangsverkauf erfolgt, bietet selbstverständlich eine „erste Hypothek“ für den Kapitalgeber eine größere Sicherheit als eine zweit- oder drittstellige. Entsprechend dem höheren Risiko waren schon in der Vorkriegszeit zweit- oder drittstellige Hypotheken bedeutend schwieriger und nur unter Bewilligung höherer Zinsätze zu erhalten als die sicheren ersten Hypotheken. Als Geldgeber der Baudarlehen traten nun nicht unmittelbar Privatkapitalisten auf, die dem Bauunternehmer Hypothekendarlehen gewährten, vielmehr vollzog und vollzieht sich das Hypothekengeschäft in erster Reihe durch Banken. Für das Hypothekengeschäft hat sich ein eigener Bankzweig entwickelt, die sogenannten Hypothekenbanken, die im Gegensatz zu den anderen Kreditbanken nicht Personalkredit, sondern Grundstückskredit, Realkredit (Sachkredit) vergeben. Diese „Realkreditanstalten“, die als private Unternehmungen zumeist Hypothekenbanken oder Pfandbriefbanken firmieren, als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute die Bezeichnung „Landschaften“ oder „Stadtschaften“ tragen, je nachdem sie ländlichen oder städtischen Hypothekenkredit geben, haben das Recht, in Höhe der vergebenen Hypotheken Wertpapiere, die sogenannten „Pfandbriefe“, auszugeben und abzusetzen. Die Hypothekenbanken, und zwar in erster Reihe die privaten Hypothekenbanken, waren in der Vorkriegszeit die Hauptdarlehensgeber für städtische Hypothekendarlehen. Von rund 1,5 Milliarden, die alljährlich als Hypothekendarlehen gewährt wurden, bestritten die Hypothekenbanken etwa ein Drittel. Sie beschränkten sich fast ausschließlich auf Vergabe erster Hypotheken. Der zweitwichtigste Geldgeber für Hypotheken waren die Sparkassen, die im Jahre 1914 bei einem Gesamteinlagebestand von 19,4 Milliarden rund 13 Milliarden Hypothekenanlagen auswiesen, und die alljährlich etwa 400 Millionen neue städtische Hypotheken, vornehmlich zweitstellige Beleihung, vergaben. Außer Hypothekenbanken und Sparkassen stellten die großen privaten Versicherungsgesellschaften alljährlich etwa 300 Millionen und die Sozialversicherungsanstalten (Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, gewerbliche Berufsgenossenschaften) insgesamt etwa 100 Millionen der Bauwirtschaft in Form von Hypotheken zur Verfügung. Aus privater Hand wurden bis etwa 1910 im Jahresdurchschnitt etwa 300 Millionen vergeben, in den letzten Vorkriegsjahren waren zweite Hypotheken für Neubauten kaum mehr zu beschaffen.

Die Hypothekenbanken haben nach der Stabilisierung ihr Geschäft wieder ausgebaut. Bei Beleihung von Grundstücken haben sie jedoch ganz überwiegend die alten stark entschuldeten Häuser berücksichtigt, dagegen dem Neuwohnungsbau nur verhältnismäßig geringe Beträge zur Verfügung gestellt, im vergangenen Jahre rund 200 Millionen, wovon die Hälfte im Auslande untergebracht wurde. Die erststellige Beleihung erfolgt heute höchstens zu 40 Prozent des Bau- und Bodenwertes gegen 60 bis 65 Prozent in der Vorkriegszeit. Viel stärker haben sich die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute der Finanzierung der Neubautätigkeit angenommen, deren Kreditmittel aber natürlich auch von der Aufnahmefähigkeit des Geldmarktes für Pfandbriefe abhängig sind. Mit dem Anwachsen ihres Einlagebestandes sind ferner die Sparkassen zu den Hauptdarlehensgebern für erste Hypotheken geworden. Im Vorjahre wurde mehr als eine halbe Milliarde von den Sparkassen für Neubauten ausgeben; im laufenden Jahre glauben sie jedoch infolge der Verlangsamung der Einlagezunahme aus Liquiditätsgründen nicht über Vergabe von 300 Millionen hinausgehen zu können. Insgesamt wird man für das laufende Baujahr seitens der Realkreditanstalten, Sparkassen, Privat- und Sozialversicherungen nur mit etwa 800 Millionen Finanzierungskrediten rechnen können, so daß sich gegenüber dem im Vorjahre von den gleichen Quellen aufgebrauchten Krediten ein Minus von etwa 400 Millionen ergeben dürfte. (Schluß folgt.)

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Der Reichstag hat in einer seiner letzten Sitzungen vor den Sommerferien eine Senkung der Lohnsteuer beschlossen. Um es von vornherein zu sagen: Viel Staat ist damit aber nicht zu machen. Die Sozialdemokraten hatten bereits in den Verhandlungen über die Regierungsbildung die sofortige Senkung der Lohnsteuer gefordert. Davon wollten die bürgerlichen Parteien aber nichts wissen. Während die Deutsche Volkspartei den sozialdemokratischen Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnte, versteckten sich die anderen Parteien zum Teil hinter formale Gründe. Nach langen Verhandlungen kam es schließlich doch noch zu einer Verständigung. Nach dem Gesetz vom 23. Juli wird der Prozentsatz, um den sich der Steuerbetrag ermäßigt, von 15 auf 25 Prozent erhöht. Außerdem wird der Einkommensbetrag, von dem die Steuer zu berechnen ist, bei Wochenverdiensten auf volle Mark, bei Monatsgehältern auf volle 5 Mk. nach unten abgerundet. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1928 in Kraft. Von da an wird die Lohnsteuer bei einem Verheirateten mit zwei Kindern in folgender Weise berechnet:

	Angenommenes Monatseinkommen	
	184,85 Mk.	54,85 Mk.
Betrag wird abgerundet auf	180,—	54,—
Steuerefrei sind für Mann, Frau und 2 Kinder	140,—	33,60
Bleibt steuerpflichtig	40,— Mk.	20,40 Mk.
10 Prozent davon	4,—	2,—
Ermäßigung um 25 Proz.	1,—	0,50
Tatsächliche Steuerleistung	3,— Mk.	1,50 Mk.

Die Steuerermäßigung übertrifft in keinem Fall den Betrag von 1 Mk. monatlich oder 12 Mk. jährlich. Für die kleinen Einkommen ist die Ermäßigung noch geringer. Wenn es auch richtig ist, daß den Lohnsteuerpflichtigen insgesamt 132 Millionen Mark im Jahre weniger an Steuern abgezogen werden, so kann die Arbeiterchaft sich mit dem neuen Gesetz doch nicht zufrieden geben. Sie fordert eine weitere und für den einzelnen Steuerpflichtigen fühlbare Steuerermäßigung.

Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Kraftfahrzeugsteuergesetz sind die Präsidenten der Landesfinanzämter ermächtigt, Kriegsbeschädigten, die infolge ihrer Kriegsbeschädigung in der Geschäftigkeit beschränkt und auf die Benutzung eines Fahrzeuges angewiesen sind, auf Antrag die Kraftfahrzeugsteuer ganz oder teilweise zu erlassen. Die Ermächtigung gilt für Krafttrader, für Personenkraftwagen mit Antrieb durch Verbrennungsmaschine bis zu 2200 Kubikzentimeter Hubraum und für elektrisch angetriebene Personenkraftwagen. Bei der Prüfung, ob und in welcher Höhe dem Antrage stattzugeben ist, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kriegsbeschädigten und die Schwere der Kriegsbeschädigung zu berücksichtigen.

Wichtiges aus der Invalidenversicherung.

Invalidenrente erhält der Versicherte, der die gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat. Die Wartezeit dauert, wenn auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 100 Beiträge geleistet worden sind, 200, andernfalls 500 Beitragswochen. Die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungsliste verzeichneten Ausstellungstag weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Die Anwartschaft gilt nicht als erloschen, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Viertel durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist. Dabei stehen den Beitragsmarken solche volle Kalenderwochen gleich, die durch entrichtete Beiträge zur Angestelltenversicherung gedeckt sind. Krankheitszeiten müssen, damit Nachteile vermieden werden, durch Bescheinigungen nachgewiesen werden.

Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und danach eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegt.

Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegt.

Hat der Versicherte bei der Wiederaufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung oder bei der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses durch freiwillige Beitragsleistung das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet hatte.

Zu Fuß über den Gotthard.

Der Tunnel durch den Gotthard mißt rund 15 Kilometer. Die Straße über den Berg ist mehr als doppelt so lang; es sind 32 Kilometer von Göschenen nach Airolo. Man fährt in zwölf Minuten durch den Tunnel, der Marsch über den Gotthard verlangt einen guten, langen Tag. Als der Tunnel im Jahr 1882 eingeweiht wurde, war man einig, daß nun die alte Gotthardstraße erledigt und in Ehren abgedankt sei für alle Zeiten, und in einem Büchlein, das zur Eröffnung der Gotthardbahn geschrieben worden ist, wird von einer Tessinerin vom Berge berichtet, die sich bitter über die Verödung des Passes beklagte: „Mir scheint, daß auch die Vögel jetzt durch den Tunnel fliegen.“ Aber die Zugvögel pfeifen auf den Tunnel, und mit ihnen ziehen heute viele Menschen über den Berg. Menschen, die Zeit haben, die den eigenen Zauber einer alten Bergstraße zu würdigen wissen, und die finden, daß eine Wanderung über den Berg vielleicht doch noch etwas interessanter sein könnte als eine Tunnelfahrt von zwölf Minuten. Es darf auch solche Räuze geben. Wenn die Gotthardstraße sich in der reisenden Welt einen großen Ruf erworben hat, so ist das der ersten Teilstrecke, der Strecke Göschenen—Andermatt, zu danken. Wenigstens zu einem guten Teil. Der einstündige Weg von Göschenen nach Andermatt, die Schöllenen, ist das sensationellste Stück der Gotthardstraße, eine der schönsten Partien der Alpen, und es ist kein Zufall, daß man es für nötig befunden hat, nach dem Bau des großen Tunnels noch eine Schöllenenbahn, eine Bahn den Berg hinauf von Göschenen nach Andermatt, zu bauen. Es ist kein Wunder, daß viele Gotthardreisende mit dem Billett Luzern—Lugano in der Tasche in Göschenen aussteigen und in ihre Reise einer Abfahrt durch die Schöllenen einschließen. Man überspringt den Gotthard-Schnellzug und geht oder fährt von Göschenen nach Andermatt hinauf und erlebt dann etwas, was die Reisetagebücher mit Rotstift aufgezeichnet wird. Die Schöllenen ist allein eine Gotthardreise wert.

Göschenen liegt 1175, Andermatt 1444 Meter über dem Meer. Eine Felschlucht von grandioser Schönheit liegt zwischen den beiden Gotthardhörsern. Die Wildheit des Hochgebirges, die gigantische Architektur der Felsen, das tosende Bergwasser und die Kühnheit der Straße, das wirkt alles zusammen zu einem Bilde, wie es sich kaum anderswo

in den Alpen so geschlossen und passend dem Auge darbietet. Auch Goethes Zeichenstift hat hier verfaßt; er war der gewaltigen Szenerie nicht gewachsen, kam über ein nervöses, unbeholfenes Gekrächel nicht hinaus, und die Darstellung der Teufelsbrücke ist nach wenigen Strichen aufgegeben worden. Und wie der Stiff, so wußte auch die Feder des Dichters mit der Schöllenen nicht viel anzufangen: „Allmächtig schröcklich; Rot und Müh und Schweiß; Teufelsbrücke und der Treusel; Schwitzen und Matten und Sinken bis ans Urner Loch hinauf.“ Heute geht man in einer guten Stunde ohne Herzlopfen das Tal des Entsegens hinauf. Man findet das gar nicht mehr „allmächtig schröcklich“. Die Schöllenen ist gleich geblieben; aber das Verhältnis des Menschen zu den Bergen, zu den Felswänden und zu den tosenden Wildwassern ist anders geworden. Auch Autos fahren nun, eins ums andere, die Straße des Schreckens hinauf, rasen um die Kehren, über die Brücken, an den Felswänden vorbei und achten nicht der Kreuze am Weg, wo Steine und Lawinen die Gotthardwanderer der alten Zeit erschlagen haben, achten auch nicht des Gängers, der das Tal des Entsegens im Staube der Autos von einer neuen Seite kennenlernt und auch die Felsennischen zu schätzen weiß, die man ehemals für sorglich als Unterstand gegen Lawinen und Steinerschlag erbaut hat. Zur Rechten, aber hoch oben, fährt das tolle Bähnchen durch Galerien und Tunnels frech und schnippisch, als ob das so sein müsse, in einer Viertelstunde durch die Schöllenen von Göschenen nach Andermatt.

Eine wilde Welt von Fels und Geröll ist die Schöllenen. Alles ist tot und kahl. Lebendig sind nur die frechen Autos auf der Straße, die wandernden Menschen und die tolle Reuß, die sich einen Weg durch die Enge hindurchgestressen und den Menschen den Weg für ihre Straße, ihre Autos und ihr Bähnchen gebahnt hat. Zwei Brüden sind im unteren, zähren Teil der Schöllenen, die Häderlibrücke und die Sprengibrücke; die Straße muß den Wänden und den Wasserfällen aus dem Wege gehen und zweimal Uferwechsel vornehmen. Auch eine uralte abgedankte Bogenbrücke ist noch da, und man kann den alten Weg einschlagen mit seinen Rollsteinen, den alten Gotthardweg vor 1830. Es ist schön, daß man das alte unnötige Brücklein hat stehenlassen, denn vor alten Brüden an alten Straßen muß man Respekt haben wie vor alten Leuten, und der

Wandersmann tut gut, auf der alten Brücke einen kurzen Halt zu machen, seine Phantasie zusammenzunehmen und sich auszumalen, was etwa über das schmale Brücklein, über die Rollsteine des Weges gezogen sein möchte vor 1830, als noch keine Autos über die Sprengibrücke stoben, kein Bähnchen rechts oben durch Tunnels und Bladukte die Schöllenen hinaufführt und der ganze Berg noch nicht unterhöhlt war mit einem Tunnel von 15 Kilometer. Die Leute, die im Auto von Göschenen nach Andermatt hinauffahren in 10 Minuten, und die Engländer, die sich in der Schöllenenbahn hinaufführen lassen, die achten das alte Gotthardbrücklein nicht und seinen stillen Zauber; das ist reserviert für uns Wanderleute mit dem Stöcken in der Hand, die Zeit und keinen Fahrplan in der Tasche haben, und die mit Rollsteinen und alten Brücken umzugehen wissen. Weiter oben wird's romantischer. Die Felswände werden höher und treten näher zusammen. Aber sie glänzen wie Silber in der Sonne, und die Reuß spielt donnernde Wagnermusik dazu. Eine Militärstraße führt geheimnisvoll rechts die Felsen hinauf; eiserne Tore tun nicht weniger geheimnisvoll; und dann geht's um eine wilde Felsenede, wo auch das frechste Auto die Bremse anzieht, in die kühnste Partie der Schöllenen. Halten müssen hier Roß und Rad! Man steht vor der Teufelsbrücke, der gewaltigsten Stelle des Gotthardweges.

Da, wo die Felschlucht der Schöllenen am wildesten, die Architektur der Felsen am kühnsten ist, haben sie eine verwegene Brücke über den tosenden Strudel geworfen, und das ist nun zu einem Gyps verwachsen, Fels und Brücke, als ob das immer zusammengehört hätte. In einem Bogen, 30 Meter hoch, spannt sich die berühmte Brücke von Fels zu Fels; von oben schießt die Reuß in weißem Schaum über die Blöcke herab, schießt wasserfallartig unter dem Bogen weg, springt auf die Straße hinauf, und man weiß nicht, was wilder und kühner ist, der fläubernde Fluß, die tolle Brücke oder die gewaltige glatte Wand zur Rechten, in die sie ein eisernes Festungstor gesprengt, eine Madonna in einer Nische aufgestellt und, weiß Gott wie, kirchturnhoch einen lebenshaften Keufel mit langem Schwanz, Dreizack und feuriger Schnauze gemalt haben. Tief unten am Wasser sieht man kleine Überreste einer älteren Brücke, Überbleibsel eines linksseitigen Brückenpfeilers; das war die alte Teufelsbrücke, die im Jahre 1726 gebaut wurde, und die bis zum Bau der neuen Brücke im Jahre 1830 Dienst getan hat.

Wohin geht die deutsche Ausfuhr und woher stammt die deutsche Einfuhr?

Wenn man vom Außenhandel spricht, so ist man leicht geneigt, an egoistische Länder zu denken, an Beziehungen zu entfernten und wenig bekannten Gebieten. Die tatsächlichen Verhältnisse liegen aber ganz anders. In Wirklichkeit trägt der deutsche Außenhandel, was die Ausfuhr anbetrifft, einen entschieden europäischen Charakter, in bezug auf die Einfuhr ein europäisch-amerikanisches Gepräge. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bringt in ihrer Nummer 13 darüber aufschlußreiches Material.

Was zunächst die Einfuhr anbetrifft, so hat sie sich im ersten Vierteljahr 1927 bzw. 1928 folgendermaßen nach Erdteilen verteilt (in Millionen Mark):

	1927	1928
Europa	1701,4	1914,1
Afrika	182,0	199,7
Asien	332,6	439,7
Amerika	961,5	1169,8
Australien	93,1	113,2
Insgesamt	3270,6	3836,5

Fast die Hälfte (im 1. Vierteljahr 1927 mehr als die Hälfte) der deutschen Einfuhr stammt also aus europäischen Ländern, rund 30 Prozent aus Amerika, und nur rund 20 Prozent entfallen auf die drei übrigen Erdteile. Die 10 wichtigsten Bezugsländer Deutschlands sind: Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien, England, Frankreich, Britisch-Indien, Niederlande, Tschechoslowakei, Belgien-Luxemburg, Italien und der Australische Bund. Auf diese 10 Länder entfallen 56,6 Prozent der deutschen Einfuhr (im 1. Vierteljahr 1928). Dabei wird aus den Vereinigten Staaten hauptsächlich Baumwolle, Rohkupfer, Weizen und Gerste, aus Argentinien Mais, Wolle, Obstfrüchte und Ölsaaten, aus England Baumwollgarne, Felle zu Pelzwerk, Wollgarn und Steinkohlen, aus Frankreich Baumwollgewebe, Wolle, Wollgarn, aus Britisch-Indien Obstfrüchte und Ölsaaten, Flach, Hanf, Jute, Reis, Baumwolle, Kautschuk, aus den Niederlanden Butter, Eier, Käse, aus der Tschechoslowakei Bau- und Nugholz, Schuhwerk, Sattler- und Lederwerk, aus Belgien Wolle, aus Italien Roh- und Florettseide und Südfrüchte, aus Australien Wolle eingeführt.

Wir zählen hier die Waren in der Reihenfolge ihrer verhältnismäßigen Bedeutung für den Einfuhrwert auf. Dabei ist es bereits ersichtlich, daß der Grundstock der deutschen Einfuhr in industriellen Rohstoffen und Lebensmitteln besteht. Auf die zwölf wichtigsten Einfuhrwarengruppen — Wolle, Futtermittel und Futtermittel, Obstfrüchte und Ölsaaten, Baumwolle, Brotgetreide und Mehl, rohe Felle und Häute (außer zu Pelzwerk), Bau- und Nugholz, Milch und Mollereiprodukte, Obst und Südfrüchte, Kaffee, Kupfer und Baumwollgarne — entfällt fast die Hälfte (49,3 Prozent) der deutschen Einfuhr. Diese wichtigsten Einfuhrwaren stammen aus 36 Ländern, die zusammen 93,2 Prozent der gesamten deutschen Einfuhr liefern. (Die deutsche Außenhandelsstatistik führt 97 verschiedene Länder und Zollgebiete an.)

Die deutsche Ausfuhr richtet sich fast für drei Viertel nach den europäischen Ländern: im 1. Vierteljahr 1928 ist der Anteil Europas an der deutschen Ausfuhr von 72,7 Prozent im Durchschnitt 1927 auf 73,2 Prozent gestiegen. Nach den einzelnen Erdteilen verteilt sich die Ausfuhr im 1. Vierteljahr 1927 bzw. 1928 folgendermaßen (in Millionen Mark):

	1927	1928
Europa	1730,5	2068,9
Afrika	56,9	69,3
Asien	211,3	230,2
Amerika	379,5	440,0
Australien	17,3	17,4
Insgesamt	2395,5	2825,8

Die zehn wichtigsten Absatzländer Deutschlands sind im wesentlichen dieselben, woher auch die deutsche Einfuhr zum großen Teile stammt, mit dem Unterschiede allerdings, daß drei außereuropäische Länder — Argentinien, Britisch-Indien und der Australische Bund — hier durch drei europäische Länder ersetzt sind, und zwar durch die Schweiz, Rußland und Dänemark. Auf die zehn wichtigsten Absatzländer entfallen 58 Prozent der Gesamtausfuhr Deutschlands. Dabei sind es selbstverständlich Fertigwaren, die den Löwenanteil an der deutschen Ausfuhr ausmachen, und zwar sind es hauptsächlich folgende acht wichtigsten Fertigwarengruppen, die hier in Betracht kommen: Textilien (Garne, Gewebe, Kleidung, Wäsche), Eisenwaren (Röhren, Walzen, Eisenbahnoberbaumaterial, Kessel, Maschinenteile), Farben und Chemikalien, Maschinen (außer elektrischen), elektrische Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus unedlen Metallen (außer Eisenwaren), Papier und Papierwaren, Leder und Lederwaren. Diese acht Gruppen von Fertigwaren machen zusammen 55,1 Prozent der Gesamtausfuhr und 77,5 Prozent der Fertigwarenausfuhr aus. In absoluten Ziffern beträgt die Ausfuhr dieser acht Fertigwarengruppen im 1. Vierteljahr 1928 1647,9 Millionen Mark bei einer Gesamtausfuhr von 2988,8 Millionen Mark.

Einen wichtigen Posten der deutschen Ausfuhr, der auch in den Ziffern der Außenhandelsstatistik enthalten ist, stellen die Reparationsfachlieferungen dar. Dieser Posten darf nicht überschätzt, er soll aber auch in seiner Bedeutung für die deutsche Ausfuhr nicht unterschätzt werden. Nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über

die Reparationsfachlieferungen im 1. Vierteljahr 1928, nach Ländern der Bestimmung geordnet (in 1000 Mark):

Länder der Bestimmung	Sachlieferungen	In Prozent der Ausfuhr im freien Verkehr
Belgien	21 880	26,2
Frankreich	97 314	274,2
Elßaß-Lothringen ..	197	0,7
Italien	29 941	28,7
Jugoslawien	7 141	30,2
Portugal	413	3,2
Rumänien	520	1,3
Franz. Kolonien	3 484	1253,5
Belg. Kongo	43	4,1
Portug. Ostafrika ..	478	24,9
Japan	1 579	3,3
Insgesamt	162 990	5,8

Der Handelsverkehr nach Frankreich und den französischen Kolonien und Mandatsgebieten ist also auch heute noch vornehmlich kein freier, sondern beruht vornehmlich auf den Sachlieferungen aus Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Was den Inhalt dieser Sachlieferungen anbetrifft, so entfällt mehr als die Hälfte (85,5 Millionen Mark) im 1. Vierteljahr 1928 auf Steinkohlen, Koks und Brechkohlen, die im wesentlichen nach Frankreich und Italien ausgeführt werden. Sonst kommen noch als Sachlieferungen hauptsächlich Maschinen, Farben und Chemikalien, Zucker, Eisenwaren, Papier und Papierwaren, Bau- und Nugholz und Möbel und Holzwaren (für 4 Millionen Mark) in Betracht. Auf keinen von diesen Posten entfallen jedoch mehr als 9 Millionen Mark.

Die Schlussfolgerungen, die man aus dieser langen Reihe von Ziffern ziehen kann, sind ungefähr folgende:

Deutschland ist auch heute noch, trotz der großen Verschiebungen der Nachkriegszeit, ein in seinen weltwirtschaftlichen Beziehungen vornehmlich europäisch orientiertes Wirtschaftsgebiet. Zur Entwicklung seiner Wirtschaft braucht Deutschland unbedingt die Einfuhr von Rohstoffen, die aber zu 80 Prozent aus Europa und Amerika (vor allem aus den Vereinigten Staaten) stammen. Die deutsche Ausfuhr ist vor allem eine Fertigwarenausfuhr, und zwar im wesentlichen eine Ausfuhr von hochwertigen Konsum- und Produktionsmitteln. Es ist kein Zufall, daß fast drei Viertel dieser Ausfuhr nach den europäischen Ländern gehen, und daß die besten Kunden Deutschlands vor allem die auf höchster Kulturstufe stehenden Industrieländer, wie England, die Niederlande, Frankreich, Italien, Schweiz usw. sind. Die außereuropäischen Länder haben eben in ihrer Entwicklung noch nicht den Zustand erreicht, in dem sie für die deutsche Fertigwarenausfuhr reif sein können. Und daraus folgt zwangsläufig der Schluß, daß Deutschland in erster Linie an dem weiteren Aufstieg der europäischen Industrieländer, zum zweiten aber auch an der wirtschaftlichen Entwicklung der überseeischen Länder ein großes Interesse hat. Was die Stärke des deutschen Außenhandels in Europa ausmacht, das ist eben ein Massenbedarf der europäischen Bevölkerung nach hochwertigen deutschen Fertigwaren. Die Stärkung der deutschen Position auf den Weltmärkten außerhalb Europas kann nur dadurch gefördert werden, daß auch die außereuropäischen Volksmassen sich allmählich an eine höhere Lebenshaltung gewöhnen, neue und feinere Bedürfnisse unter ihnen auskommen. Deutschlands Wohlstand ist mit dem Wohlstand der ganzen Welt unzertrennlich verbunden. G. B i e n s t o c k.



Nachklang zur Olympiade.

In Amsterdam um die Palme des Sports + Ward heiß gekämpft und gerungen. + Bei jedem Bruch eines Weltrekords Ist brüllendes Vivat erklingen. + Ununterbrochen Flaggen gehißt! + A-Land von B-Land geschlagen! + Wenn der von C-Land Sieger ist, + Wird er auf Schultern getragen. + Herr Snob, der Bürger, weiß alles genau, + Berechnet Rekorde von morgen. + Frau Schmidt indessen, die Arbeiterfrau, Sie hat andere Sorgen. + Sie näht, sie wäscht, sie plätzt, sie scheidet, + Sie sorgt für die Kinder, die Kleinen, + Ist für alles bereit und geschickt. + Nichts will schwieriger ihr scheinen. Dem Mann, der von der Arbeit kommt, Kocht sie ein Mahl, + Munden soll es und schmecken. + Doch ihre Mühen ohne Zahl Werden kein Vivat erwecken. + Arbeiterfrau, gib's einen Preis + Für Fleiß und Schaffen und Mühe, + Arbeiterfrau, ich weiß, ich weiß, + Daß er bestimmt dir blühe! G. D.

Entwicklung zum Großunternehmen.

Die „Volksfürsorge“, das von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründete Versicherungsunternehmen, zeigt eine eckreuliche Aufwärtsentwicklung. „Wenn nicht alle Zeichen trügen, so scheint die „Volksfürsorge“ aus dem Stadium des bloßen Wiederaufbaues endgültig heraus zu sein und sich in ruhiger und stetiger, von keiner Krise mehr bedrohter Entwicklung zum Großunternehmen auszuwachsen; denn sonst wären die großen Erfolge einer immer mehr in die Breite und Tiefe gehenden Organisation angesichts der noch immer anhaltenden Wirtschaftskrise und einer überaus scharfen Konkurrenz im Versicherungsgewerbe, vor allem des Kleinversicherungsgewerbes, nicht zu erklären. Die jahrelange, zähe, von manchem Mißerfolg begleitete, auf zahllose Hemmungen stoßende Organisationsarbeit beginnt ihre Früchte zu tragen und sich fast automatisch auszuwirken. Nicht zuletzt trägt ein hohes Verdienst daran die immer geschlossener wirkende Arbeit draußen im Lande, die, sich stützend auf zunehmende Erfolge, immer weiter ausgreift und höchste Erwartungen rechtfertigt.“ — Mit diesen Worten wurde der Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1927 der Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, eingeleitet. Brachte das Jahr 1927, das für das Versicherungsgewerbe allgemein zu weiterer Festigung führte, für die „Volksfürsorge“, die außerordentlich gut fundiert ist, überragende Fortschritte, so werden diese aller Voraussicht nach durch die Erfolge des Jahres 1928 noch weit übertroffen. Schon die Entwicklung im ersten Halbjahr 1928 läßt darauf schließen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Jahr	Versicherungsanträge	Versicherungsbestand		Vermögen in Mill. Mt.
		Polizen	Versicherungssumme in Mill. Mt.	
1926	251 371	733 738	246,7	20
1927	376 668	1 039 726	388,7	33,7
1928 (1. Halbj.)	255 609	1 200 000	475	42

Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind zur Regulierung von Sterbefällen 783 000 Mt. ausgezahlt worden, insgesamt seit November 1923 (Umstellung auf wertbeständige Basis) 4 Millionen Mark.

Den größten Teil der eingegangenen Prämien (in diesem Jahre werden es etwa 25 Millionen Mark sein) muß die „Volksfürsorge“ als Prämienreserve für die Versicherten anlegen, um bei Fälligkeit die garantierten Versicherungssummen einschließlich der Gewinnanteile (in den letzten Jahren 25 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie) auszahlen zu können. Diese Reserven finden vornehmlich Anlage in erstklassigen Hypotheken auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Grundbesitz. Mit den übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeiterbewegung und deren Zentralinstanzen steht die „Volksfürsorge“ daher in engster Zusammenarbeit.

Genossenschaftliche Zigarettenfabrikation.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, hat ihre Zigarettenfabrikation von Stuttgart nach dem Sitz ihrer Zentrale, nach Hamburg, verlegt. Der Umzug in die dort befindliche ehemalige GEG-Zuckerwarenfabrik bot willkommene Gelegenheit, alle häuslichen und fabrikatorischen Einzelheiten von Grund auf für Qualitätsleistungen vorzusehen.

Im Keller des Fabrikgebäudes ist als bedeutungsvollste Neuerung eine sogenannte Klimatisierungsanlage eingebaut. Von dieser wird nach einem patentierten Verfahren in alle Verarbeitungsräume genau temperierte und mit einem ganz bestimmten Feuchtigkeitsgehalt gefüllte Luft verteilt, um die Tabaksorten in ihren verschiedenen Fabrikationsstadien duftig und aromabildend zu erhalten. In den Kellerräumen werden die zur Verwendung kommenden feinen orientalischen Tabake aufgelöst, nach Art und Qualität bis ins einzelne sortiert und von hervorragenden Fachleuten gemischt. In dieser schwierigsten Arbeit liegt das eigentliche Geheimnis der Zigarettenfabrikation, da von ihr der Geschmack und das Aroma der Zigarette abhängen.

Nachdem der Tabak durch Maschinen in feine Fäden geschnitten und während seiner pneumatischen Beförderung ins dritte Stockwerk von neuem pneumatisch gelockert und gereinigt worden ist, bildet er eine innige Mischung von Fasern der verschiedenen Provenienzen, deren Mengenanteile entsprechend der Art und Intensität ihres Aromas genau gegeneinander abgewogen sind. In diesem Zustand hat der Tabak 24 bis 48 Stunden Ruhe, damit sich die Verschmelzung der Einzeldüste zum vollendeten Zigarettenaroma vollzieht. Dann wandert er auf die Zigarettenmaschinen. Von diesen Wunderwerken der Technik sind dauernd drei Stück tätig; sie stellen bei achtstündiger Arbeitszeit gut eine Million Zigaretten her. Ein laufendes Band gibt die Möglichkeit sorgfältigster Prüfung und Entfernung von etwa mißlungenen Exemplaren, dann läßt man die Zigaretten in offenen Kästen 24 bis 48 Stunden ablagern. Nach nochmaliger Sortierung werden sie schließlich zu 10 Stück oder 25 Stück in die geschmackvollen GEG-Schachteln verpackt, maschinell banderoliert und sind dann zum Versand fertig.

Die ausschließliche Verarbeitung von Orienttabaken, das Zusammenstellen neuer Mischungen durch erstklassige Fachleute und die Benutzung der zurzeit vollkommensten Einrichtungen dieses Arbeitsgebietes haben GEG-Zigaretten ergeben, die unbedeutlich jeden Vergleich mit den unter ungeheurerstem Reklameaufwand angepriesenen Markenzigaretten aushalten. Der Verkauf der GEG-Zigaretten erfolgt in den Konsumvereinen.



Aus dem Verbandsleben



Leichte und schwierige Werbung für den Verband.

Alle Berufsangehörigen in den Verband! Viele kommen ohne Werbung, viele sind leicht zu werden, manche aber nur mit größter Mühe und Not. Viele kommen, ohne besonders geworben zu sein: Der Vater bringt den Sohn, die Mutter die Tochter, der Freund den Freund oder ein Verwandter oder Bekannter seine Verwandten und Bekannten. Großes Hin und Her gibt es in solchen Fällen nicht: es ist selbstverständlich, daß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin organisiert. Wenn überhaupt etwas darüber zu reden sein sollte, dann erst hinterher. Jeder muß in seinen Berufsverband hinein. Das gilt heute als ausgemacht.

Wer in Berufsfragen mitreden, mitwirken, mitbestimmen möchte, muß organisiert sein. Ob das dem einzelnen gefällt oder nicht: es ist so. Und weil es so ist, darum und deshalb muß jeder in den Berufsverband, die Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen in den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Dort können sie im kleineren oder größeren Kreise sagen, was sie auf dem Herzen haben, was ihnen gefällt und nicht gefällt. Im Verband sich aussprechen: Wünsche und Hoffnungen kundgeben, ist viel wichtiger und bedeutsamer, als den Versuch zu machen, sich von Fall zu Fall selber zu helfen. Selbsthilfe ja, aber nicht zerplitterte und verzettelte, sondern vereinigte, verbundene Selbsthilfe. Der einzelne mag sich stark fühlen, in dem Gebiete der Gesellschaft und Wirtschaft gleicht er dem Schilfrohr, das alleinstehend, dem leichten Wind standhält, von dem heftigeren aber geknickt wird.

Kein einziger kann sich für längere Dauer ein geordnetes Arbeitsverhältnis schaffen. Auf Tage und Wochen mag es da und dort möglich sein, sich einigermaßen persönlich zu verständigen, auf die Dauer ist damit keine vernünftige und zweckmäßige Arbeitsgrundlage zu schaffen. Im Einzelkampf, von Mensch zu Mensch, mag die Stärke wichtig sein. Aber auch hier kommt es oft mehr auf die Geistes- als auf die Körperkräfte an. Stark ist nur die verbundene Vielheit, die als ein einheitliches Ganzes auftritt und wirkt.

Holzarbeiter, Holzarbeiterinnen, werdet Mitglied in unserm Verband! Er verschafft euch einen gerechten Anteil vom Arbeitsertrag, kulturwürdige Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit zu einem sinnvolleren Leben im Rahmen des zurzeit und später möglichen. Das etwa ist der Hauptleitfaden für alle Werbungen. Zuviel bei der Werbung zu versprechen, ist nicht empfehlenswert. Zu hohe Hoffnungen enttäuschen, und enttäuschte Mitglieder hemmen und hindern die gewerkschaftliche Entwicklung. Auch von der Art: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“, sollte abgesehen werden. Es ist ja nur zu verständlich, daß einem überzeugten Gewerkschafter die Galle überläuft, wenn er so einen sieht, der schlau klingend alles das annimmt, was ihm die Gewerkschaften erkämpfen, aber selber weder Zeit noch Geld opfert oder eine Entbehrung für das Berufswohl auf sich nimmt. Sein gewerkschaftswidriges Verhalten soll ihm verdeutschlicht werden. Im großen ganzen: Wer noch nicht Mitglied ist, kann es noch werden, und ihn als zukünftiges Mitglied zu behandeln, ist sinnvoll. Starker Druck hinterläßt unangenehme Erinnerungen, deshalb soll die Einführung möglichst überzeugend sein. Einige zugräftige, wahrhaftige und überzeugende Sätze bei der Werbung helfen, und jeder erinnert sich gern daran. Dann aber auch: Wer gut überzeugt wurde, wird wieder gut überzeugen können!

Manche Menschen brauchen für ihre Entschlüsse eine gewisse Zeit, haben sie sich aber einmal entschlossen, dann stehen sie auch fest darin. Andere entschließen sich rasch, wechseln aber auch rasch ihre Entschlüsse. Wieder andere schwanken: jetzt denken sie so, eine Viertelstunde später denken sie anders. Es gibt Menschen, die von Natur aus zur Gemeinsamkeit neigen, und solche, die immer eine Extratour haben möchten. Manche Menschen lassen sich von ihrer außerberuflichen Umgebung sehr beeinflussen: sie bringen Anschauungen von Menschen mit ganz anders gearteten Lebens- und Berufsverhältnissen mit; die können viele nicht einfach kurzerhand abstreifen. Erst nach und nach sehen sie ein, daß sie ihren Beruf auskömmlich und lebenswert machen müssen. Werden sie um ihre nicht in den Beruf passenden Anschauungen gehänselt oder verspottet, dann werden sie verstimmt. Geht man aber auf ihr Denken ein und läßt man ihre Art gelten, dann werden sie zuträglich, gewerkschaftsfreundlicher und bald gewerkschaftstätig.

Es klingt banal, aber es ist so: Kein Mensch kann aus seiner Haut herauss. Der Mensch kann sich nicht häuten! Aber etwas kann er, was es sonst im Reich der Lebewesen nicht gibt: er kann besser, zweckmäßiger und sinnvoller denken. Er kann seine Gewohnheiten ändern; denn er hat Verstand und Tatkraft, und das Verstand und Verstand können und hauptsächlich auf die Verbesserung des Einkommens, der Arbeits- und Lebensbedingungen gerichtet werden müssen, das muß jedem klipp und klar sein. Niemand kann sich ausreden, daß er beruflich hilflos sei. Wer seine Versammlungen besucht, seine Zeitungen liest, sich mit einem

geschulteren Kollegen vertraulich ausspricht, ab und zu gute Vorträge hört, das in seinen Lebenskreis Hineingehörige pflegt, wird sich nicht nur beruflich besser stellen, sondern auch seelisch dabei gewinnen. Es gehört mit zur Verbandswerbung, daß auch ein Vertrauensverhältnis unter den einzelnen Mitgliedern geschaffen wird: daß der einzelne spricht, aus sich herausgeht und andere zum Sprechen bringt. Nicht zum fröh-



Karl Engensberger.
Seit 1891 Kassierer der Bürstenmacher, seit 1893 des Holzarbeiter-Verbandes in Remmingen.



Ferdinand Hagemann.
Mitglied des Verbandes seit 1888 und langjähriger Funktionär der Verwaltungsstelle Neumünster.

lichen, eiteln Klatsch, sondern zu herzerfrischenden, nachhaltigen Gesprächen.

Organisieren heißt wörtlich: Zusammenfügen, gliedern, vordenten, vorführen, einbahnen, einordnen und auch verlebendigen. Auf die Organisationen der Berufsverbände angewandt: Planmäßiges Zusammenbringen von Menschen und Einrichtungen, um mehr und Besseres zu erreichen. Also nicht willkürliches und zufälliges Zusammenbringen, sondern planmäßiges und nicht, um da zu sein und die Dinge gehen zu lassen, wie sie gehen, sondern um sie für die Organisation so günstig wie jeweils möglich zu gestalten.

Wer organisiert, ist ein Organisator. Organisiert muß immer werden: Junge, neu in den Beruf hineinkommende, und ältere, noch nicht organisierte oder falsch organisierte Berufsangehörige müssen zu einem gemeinsamen Ganzen zusammengebracht und zusammengehalten werden. Die Organisatoren müssen vordenten, planen, ordnen, gruppieren. Wenn der Organisator richtig vordenten, planen und ordnen soll, muß er entsprechend geschult und geübt sein, die Erfahrungen und Erkenntnisse derer kennen, die auf diesem Gebiet etwas geleistet haben. Organisieren für die Berufsverbände ist: Menschen einfügen, Menschen auf bestimmte Ziele richten und diese Ziele erstreben. Die Mittel, zum Ziele zu gelangen, sind vielfältig. Einmal hilft dies am besten, ein andermal ein anderes, einmal muß zugewartet, ein andermal schnell zugepackt werden. Der Organisator muß mitbedenken: immer überblicken und prüfen, wo etwas neu zu gestalten ist, und wenn dies gestaltet ist, wie es sich auswirkt. Er denkt über Gestaltetes nach, und aus diesem Nachdenken wird ein Vordenten für Zukünftiges. Wie in Zukunft wirksamer zugegriffen werden kann, das zu bedenken ist seine Aufgabe. Das gilt im Kleinen und im Großen, in der Einzelwerbung und in der Erreichung der Verbandsziele. Vor allem aber: Wer organisieren möchte, organisieren sollte oder mußte, der organisiere sich selber zuvor! Bedenke zuvor, was er tue, wie er's anfangen sollte, überlege sich die Gelegenheit, seine Worte und Sätze, lasse sich für die Werbung bedeutungsvolle Angaben für den Verband geben. Wähle sich dazu eine Zeit aus, in der er geistig rege und frisch ist. Wer sich so organisiert, wird mit Freude und Genuß andere organisieren, das ist: Für den Verband werben! F. A. B.

Streik der Fabrik- und Modelltischler in Eberswalde.

Die Fabrik- und Modelltischler in den Eberswalder Maschinenfabriken befinden sich seit dem 14. Juni im Streik. Die Kollegen fordern ein Sonderlohnabkommen im Rahmen des Mantelvertrags. Die Unternehmer lehnen das bisher ab. Wir bitten die Kollegen im Reich, Zugang nach Eberswalde fernzuhalten und auch darauf zu achten, daß keine Streikarbeit für die hiesigen Betriebe gemacht wird.

Mit Lutzmann hinter Kimmner ist der 33. Wofanbauvertrag fällig

Sperholzarbeiter in Ohd.

Auf Grund des Mantelvertrages wurde mit der Firma Traxel, Hanau, Zweigniederlassung Ogd, am 18. Juli ein neues Lohnabkommen getroffen. Ab 1. Juli erhöhen sich die bestehenden Löhne um 10 Prozent und am 1. Oktober um weitere 5 Prozent. Damit steigt der Spitzenlohn auf 62 und 64 Pf.

Tarifvertrag für die Holzarbeiter in Bleicherode.

Mit der Firma Holzindustrie G. m. b. H. in Bleicherode (Harz) wurde am 23. Juli ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden. Für Mehrarbeit gibt es einen Zuschlag von 25 Prozent. Nach halbjährlicher Beschäftigung im Betriebe beträgt die Feriendauer 4 Tage, sie steigt nach jedem weiteren Beschäftigungsjahr um einen weiteren Tag, bis zu sieben Tagen. Die Stundenlöhne werden ab sofort um 3 Pf., die Akkordpreise um 10 Prozent erhöht.

Beendigung des Ferientempes der Hamburger Korbmacher.

Die Hamburger Korbmacher haben in den letzten Monaten einen Vorstoß in der Ferienfrage unternommen, der auch zu einem Erfolg führte. Nach zweimonatiger Beschäftigung beträgt die Feriendauer einen Tag, für jeden weiteren beschäftigten Monat einen halben Tag mehr, bis zu sechs Tagen im Jahr. Wiederholte Beschäftigung bei einem Unternehmer im Jahr wird zusammengezogen. Die Entschädigung erfolgt nach dem Durchschnitt der letzten vier Wochen. Außerdem wurde eine Erhöhung der Löhne gefordert. Erreicht wurde eine Zulage von 5 Prozent ab 1. Oktober.

Vertragsabschluss für die Parkettleger in Dresden.

Zwischen dem Reichshandwerkerbund deutscher Parkettgeschäfte und unserer Verwaltungsstelle Dresden wurde am 12. Juli ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt an den ersten fünf Wochentagen acht Stunden, am Sonnabend sechs Stunden. Ab 1. April 1928 beträgt der Stundenlohn 1,59 Mk. Dazu kommt noch eine Werkzeugszulage von 5 Pf. Alle Arbeiten über 20 Quadratmeter (Arbeiten unter 20 Quadratmeter nur nach vorausgegangenem Vereinbarung) müssen auf Verlangen einer Partei in Akkord ausgeführt werden. Der Tarifvertrag enthält über die Akkordarbeit ausführliche Bestimmungen. Die Akkordpreise selbst sind in einem Akkordtarif geregelt. Die Ferienbestimmungen nehmen Rücksicht auf die Eigenart des Berufes. Für jeden geleisteten Arbeitstag wird ein Viertel des jeweiligen tariflichen Stundenlohnes als Ferientageentschädigung gewährt. Der Vertrag hat Gültigkeit zunächst bis zum 29. Februar 1929.

Schieferlafelfabriken in Nordhalben-Geroldsdgrün.

Für die Schieferlafelfabriken in Nordhalben-Geroldsdgrün wurden am 16. Juli neue Löhne vereinbart. Ab sofort beträgt der Spitzenlohn 56 Pf., ab 1. Oktober 58 Pf. Die Zulage beträgt 8 Pf. Die Akkordlohnsätze erhöhen sich ab sofort um 10 Prozent und am 1. Oktober um weitere 4 Prozent.

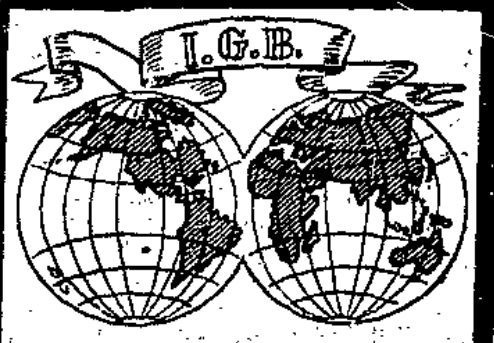
Zur Beachtung für Bildhauer.

Mit den Kollegen in Jugoslawien haben wir bisher Beziehungen nicht unterhalten. Auch der Internationalen Union der Holzarbeiter ist der Verein der Bildhauer Jugoslawiens nicht angeschlossen. Der Umstand, daß jetzt ein an den Verein der Bildhauer Deutschlands gerichtetes Schreiben eingegangen ist, läßt aber darauf schließen, daß die Organisation bemüht ist, Anschluß an die Internationale zu suchen. In dem Schreiben wird ersucht, wegen Lohnunterschieden und wegen Reorganisation und Stabilisierung der Organisation und der Arbeitsverhältnisse jeden Zugang von Bildhauern nach Jugoslawien fernzuhalten. Der Vorsitzende des Bildhauervereins, Stefan Matjanovic in Belgrad, Svotoj Nikole ul. 58, erklärt sich zu näherer Auskunft bereit.

Rixingen. Unser Bevollmächtigter, Kollege Johann Seig, ist am 29. Juli nach langem schweren Leiden gestorben. Seig litt an Gichtkrebbs. Trotz zeitiger ärztlicher Hilfe verzehrte die furchtbare Krankheit die Lebenskräfte des erst 50jährigen Mannes. In den zehn Jahren, die Seig an der Spitze unserer Verwaltungsstelle stand, war er für unsere Sache unermüdblich tätig und genoß bei den Kollegen und der gesamten Rixinger Arbeiterschaft hohe Achtung. Seig war bis 1924 im Sägewerk der Firma Bowninkel in Rixingen beschäftigt. Unlänglich einer Betriebseinschränkung in diesem Jahre wurde er entlassen. Seit dieser Zeit war es ihm nicht wieder möglich, im Beruf unterzukommen. Er mußte sein Brot als Gelegenheitsarbeiter verdienen. Im Herbst 1927 warf ihn sein Leiden aufs Krankenbett, und nun ist er durch den Tod erlöst. Trotz aller Schikanen der Unternehmer ist Johann Seig unserer Fahne treu geblieben, war er den Rixinger Kollegen stets Führer und treuer Berater. Ehre seinem Andenken!



Gewerkschaftsbewegung



Sagung des Bundesauschusses.

Der Bundesauschuss des DGB. hielt seine 14. Sitzung am 30. Juli in Berlin ab. Zur Beratung stand zunächst eine Entschliessung über die Anerkennung der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschliessung wurde nach einer Erläuterung ihres Zweckes durch den Vorsitzenden Leipart und kurzer Debatte einstimmig angenommen. Sie lautet:

Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur elf durch die Verordnung des RM. vom 12. Mai 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats zehn weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Lärmbetrieben, Erkrankungen durch Preßluftwerkzeuge und Staublungenenerkrankungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomaschlackenbetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.

Der Bundesauschuss des DGB. erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesauschuss die Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Ferner erwartet der Bundesauschuss, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Versicherten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 28. Oktober 1927 den zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Begutachtung der Berufskrankheiten vor den Versicherungsämtern durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und wirtschaftlich vom Unternehmer abhängige Fabrikärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der zur Durchführung der Verordnung nötigen Begutachtung in erster Linie bramtete Ärzte, die die nötigen Fachkenntnisse besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre amtliche Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürgen muß, geeignet, das entschwendene Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wiederherzustellen.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich dann mit den dem Hamburger Gewerkschaftskongress vorzulegenden Anträgen und Entschliessungen. Leipart wies einleitend darauf hin, daß insbesondere Vorarbeiten nötig sind zur Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und zur Erkenntnis der Wege und Möglichkeiten zu ihrer Durchführung. Genosse Naphthali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik berichtete über die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Punktes der Kongressagende. Nachdem auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zum ersten Male das Problem der Wirtschaftsdemokratie angeschnitten worden war, führte er aus, ist die Diskussion darüber nicht verflummt. Aber es zeigte sich bald, daß von dem Breslauer Gewerkschaftskongress zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber die Klarheit über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung zukommt, im besonderen auch über ihr Verhältnis zum Sozialismus, noch in weitem Umfange fehle. Aus dieser Erkenntnis ist der Wunsch entstanden, auf dem Hamburger Kongress weiterzuarbeiten an der Klärung der Auffassungen über dieses Gebiet. Zur Vorbereitung wurde eine Gemeinheitsarbeit über die Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, ihren Weg und ihr Ziel fertiggestellt, in der der Versuch gemacht wird, sowohl theoretisch die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Überwelt der Arbeiterschaft darzulegen als auch vor allen Dingen die praktischen Ansätze einer Demokratisierung der Wirtschaft darzustellen, die man auf Grund der modernen Entwicklung des Kapitalismus und auf Grund der Einwirkung der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung auf die Wirtschaftskräfte erkennen kann. Das wesentliche Ergebnis der theoretischen Klärung geht dahin, daß die Aufgabe der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die Gewerkschaften für sie weder einen Verzicht auf das sozialistische Ziel noch einen Ersatz für den Sozialismus bedeutet, sondern eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten Durchsetzung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privat-

interesse, in der Einschränkung der Alleinherrschaft der Unternehmer durch die Verfügung über die Produktionsmittel, der überall der Gedanke der Mitbestimmung gegenübertritt, und schließlich in der Tendenz zur Schaffung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Aufbau der Sozialversicherung seinen Ausdruck findet. Wenn wir die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des Rechtes überschauen, wenn wir die Wandlung des Arbeitsrechts, die Wandlung der Wirtschaft von der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, das ständige Wachstum der öffentlichen Betriebe und das Vordringen der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung, das in den Konsumgenossenschaften und in den eigenen gewerkschaftlichen Betrieben seinen Ausdruck findet, überblicken, so können wir, ohne uns irgendwelchen Illusionen über das Erreichte hinzugeben, doch sagen, daß zum großen Teil in Verbindung mit der Machtbildung der Arbeiterbewegung sich die Tendenzen einer Demokratisierung der Wirtschaft deutlich abzeichnen. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, ihrem sozialistischen Ziel getreu die Entwicklung überall dort vorwärtszutreiben, wo wir die Ansätze zur Demokratisierung, die Ansätze zum Wachstum einer neuen Wirtschaft erkennen können. So entspricht es der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, daß wir versuchen, den Weg zum Sozialismus im einzelnen klarer zu erkennen als einen Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Leipart bemerkt zu dem Referat Naphthalis, wichtig sei, daß die Untersuchung über die Frage das Ergebnis gebracht habe, daß Demokratisierung der Wirtschaft kein Schlagwort sei, welches lediglich Hoffnungen erwecke, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe. In dem dem Ausschuss vorliegenden Entwurf zu einer Entschliessung sei an Stelle des Wortes „Wirtschaftsdemokratie“ der Ausdruck „Demokratisierung der Wirtschaft“ getreten. Darin komme zum Ausdruck, daß nicht ein Tatbestand, sondern ein Wachstumsprozess den Inhalt des Problems darstelle.

Die Aussprache bewegte sich in gleichen Gedankengängen. Die endgültige Redaktion des im allgemeinen gebilligten Entwurfs der Entschliessung wurde dem Bundesvorstand überlassen.

Zur Beratung stand sodann die Entschliessung zur Frage der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung. Hermann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschliessung. Die Selbstverwaltung bestehe nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsverfassung wird dagegen eine maßgebende Beteiligung der Arbeiter an der Leitung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt. Dieses Verfassungsversprechen muß verwirklicht werden. Auch unsere Forderungen zur Reform der Arbeitsaufsicht müssen durch den Kongress stärker in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Bei der Besetzung der Posten in den Selbstverwaltungskörpern müsse das jetzt zur Bestellung der Arbeitsrichter eingeführte Verfahren Anwendung finden, nach dem die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer in den Selbstverwaltungsorganen auf Vorschlag der beiderseitigen wirtschaftlichen Vereinigungen zu bestellen sind. — Auch dieser Entschliessungsentwurf fand die Zustimmung des Ausschusses.

Zur Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses lag weiter vor der Entwurf für eine Entschliessung über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Ferner Entwürfe zu Entschliessungen, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht sowie zum Jugendschutz erheben. Die Entwürfe wurden vom Bundesauschuss im allgemeinen gebilligt, in Einzelheiten abgeändert oder ergänzt. Zur Frage der Arbeitsmarktpolitik wurde in der Diskussion mit großem Nachdruck die Forderung erhoben, daß die Pecherhöhung zum Bezug der Krisenunterstützung ausgedehnt werde auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Reorganisationsfragen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Vorstandssitzung des IGB. am 23. und 24. Juli in Köln beschäftigte sich hauptsächlich mit den Reorganisationsfragen des Bundes. Nach kurzer Aussprache wurden folgende Vorschläge angenommen:

1. Die vom Generalkrat des Britischen Gewerkschaftsbundes beantragte Wahl des Genossen Citrine, Generalsekretärs der englischen Landeszentrale, zum Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde gutgeheißen. Desgleichen wurde beschlossen, den Genossen Citrine nach der Bestätigung dieser Wahl durch den Ausschuss zum Vorsitzenden des IGB. zu wählen. 2. Was den Sitz des IGB. betrifft, dessen Verlegung seinerzeit vom Pariser Kongress beschlossen wurde, so beantragt der Vorstand aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Verlegung in Amsterdam bis zum nächsten Internationalen Kongress. Als Generalsekretär wird Genosse Sassenbach vorgeschlagen.

Jugendkonferenz der Gewerkschaften.

Mitte Juli fand in Köln eine Jugendleiterkonferenz statt, die von 26 Vertretern der Verbände und von 9 Vertretern des Bundesvorstandes besucht war. Über die Frage „Jugendämter und Gewerkschaften“ referierte Stadtrat Dittmer (Berlin). Hefler vom Bundesvorstand behandelte unsere „Forderungen zum Berufsschulwesen“. Hefler legte die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung dar und begründete besonders eingehend die Forderung nach einheitlichem Aufbau des beruflichen Schulwesens. Das heutige System der von den Schulen erteilten Berechtigungen sei dringend reformbedürftig, eine Berücksichtigung der beruflichen Bildung müsse unbedingt erfolgen. Vereinfachung in der Schulverwaltung und in der Schulaufsicht sowie Ausbau der inneren Einrichtungen der Berufsschulen sind notwendig, wenn die Schule zeitgemäß arbeiten soll.

Angenommen wurden Entschliessungen, von denen eine den Standpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz formuliert, eine andere vom Reichstag verlangt, daß er bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die Jugendschutzforderungen berücksichtigt, und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet.

Grundsteinlegung zur Bundeschule in Bernau.

Nach Zeitungsberichten erfolgte am Sonntag, dem 29. Juli, die Grundsteinlegung der ersten Bundeschule des DGB. Über die Pläne und Ziele der Bundeschule haben wir in Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingehend berichtet. An der Feier der Grundsteinlegung nahmen teil: Der Bauherr und Träger der Schule: Bundesvorstand, Bundesauschuss und zahlreiche Vertretungen der Zentralverbände; eine Vertretung des Bauhauses Dessau, geführt von ihrem Leiter Hannes Meyer; die Mitgliedschaft unserer Organisation, vertreten durch Delegationen von 33 Ortsauschüssen aus der Mark, durch Gäste aus Berlin, durch die Bernauer Arbeiterschaft und — vor allem und recht zahlreich — durch Jugendgruppen aus Berlin, der Provinz Brandenburg und der Ostmark; ferner Vertreter der Stadt Bernau, die dem DGB. das Baugelände zur Verfügung gestellt hat.

Amsterdam oder Moskau?

Die Gewerkschaftszentralen von Finnland und Norwegen haben an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam ein Schreiben gerichtet, in dem der IGB. ersucht wird, mit der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau eine Verständigungskonferenz abzuhalten. „Als Diskussionsobjekt“, heißt es in dem Schreiben, „empfehlen wir die Frage der Schaffung einer Grundlage für eine vollständige internationale gewerkschaftliche Einheit, daneben auch die Frage nationaler gewerkschaftlicher Vereinigung in jenen Ländern, wo die Gewerkschaftsbewegung noch zersplittert ist. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, unter welchen die lohnarbeitende Klasse in einer Reihe von Ländern lebt, unter Hinweis auf das Vorgehen der Reaktion gegen die Arbeiterklasse und gegen die Gewerkschaftsorganisation und unter Hinweis auf die Kriegsgefahr, der die Völker von Seiten der imperialistischen Machthaber dauernd ausgesetzt sind, finden wir es nicht nötig, unser Ersuchen näher zu begründen.“

Der Vorstand des IGB. hat auf das von Moskau inspirierte Schreiben unter anderem geantwortet:

„Wir verweisen auf den für uns noch immer maßgebenden Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses 1924 in Wien und den im Anschluß daran geführten Briefwechsel mit dem Russischen Gewerkschaftsrat. Seit dem Pariser Kongress ist in der Haltung der russischen Gewerkschaften gegenüber keine Änderung eingetreten. Man hat die Angriffe auf uns fortgesetzt und den Beitritt der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes abgelehnt.“

Die Grundlage für eine Konferenz mit den russischen Gewerkschaften ist daher zurzeit nicht vorhanden, noch weniger für eine Konferenz zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Diese letztere setzt ihre Angriffe gegen uns und die uns angeschlossenen Landeszentralen fort, und eine Annäherung der Ansichten zwischen uns und der R.G.Z. ist nirgendwo zu bemerken.

Dagegen sind wir stets gerne bereit, mit der norwegischen und der finnischen Gewerkschaftszentrale wegen Anschlusses an den IGB. zu verhandeln, desgleichen mit den Gewerkschaften anderer Länder, die dem IGB. noch fernstehen. Soweit in einzelnen Ländern Differenzen zwischen verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bestehen, müssen diese im Lande selbst beseitigt werden. — Auch wir erkennen die Notwendigkeit, eine geschlossene internationale Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, halten aber den von Ihnen vorgeschlagenen Weg nicht für geeignet.“



Unterhaltung und Wissen



Feriengrüße.

Alljährlich, wenn der Mohn und die Rosen blühen, wenn — aber nein, ich will ja keineswegs eine elegische Schilderung des Sommers geben — ich will lieber sagen, wenn es so unerträglich heiß wird, daß der Mensch die Luft und die Liebe zu jeglicher Arbeit verliert, dann gibt es eine ganze Reihe glücklicher Leute, welche in die Ferien reisen können.

Nicht daß ich deswegen neidisch wäre, o nein. Ich habe selber eine Anzahl Bekannter, die zu jenen Glücklichen gehören. Sie fahren einfach auf 14 Tage bis zu 6 Wochen fort in den Schwarzwald, in das Nöku, an die See oder gar nach Tirol oder nach Italien. Und ich muß schon sagen, sie denken alle in geradezu ruhrender Weise an mich. Alle paar Tage bekomme ich dann in diesen Sommer- und Ferienwochen einige Ansichtskarten von den lieben Bekannten mit recht herzlichen Grüßen aus der Sommerfrische. Da es fast lauter gebildete Leute sind, die mir schreiben, ist es weiter nicht verwunderlich, daß es nahezu übereinstimmend immer derselbe Wortlaut ist, den ich da zu lesen bekomme:

„Wir sind gut hier angekommen, herrliche Gegend, diese göttliche Ruhe, schönes Gasthaus, auch die Verpflegung einfach glänzend.“

Die zweite Karte ist dann manchmal etwas ausführlicher: „Ich habe mich schon gut erholt, in zwei Wochen vier Pfund zugenommen. Nerven zusehends besser. Morgen machen wir einen Spaziergang auf den Ochsenkopf und übermorgen eine Autofahrt nach dem berühmten Isberg.“

Ich sage ausdrücklich noch einmal, ich bin keineswegs neidisch oder mißgünstig; im Gegenteil, ich freue mich immer, wenn es meinen Mitmenschen — wenn auch leider nur einem kleinen Teil davon — gut geht. Deshalb schreibe ich auch allen meinen lieben Bekannten in der Sommerfrische eine recht freundliche Antwort auf einer Ansichtskarte von Frankfurt am Main, damit sie in der Fremde die liebe Heimat nicht vergessen.

Da es indessen selbst im schönsten Sommeraufenthalt zuweilen — besonders bei schlechtem Wetter — langweilige Tage gibt, bin ich auf den Gedanken gekommen, meinen lieben „Kur-Bekannten“ einige Grüße meiner proletarischen Freunde zukommen zu lassen; sie werden ihnen sicher helfen, so manche Beerdrießlichkeit in der „Kur-Fremde“ leichter zu ertragen. — Hier sind sie:

Ein Tischler schreibt: „Herrliches Wetter die letzten 14 Tage. Nur schade, daß wir dabei in einem Raume direkt unterm Dache arbeiten müssen, noch dazu teilweise unter Glasdach. Da wir mehrere Leimöfen ständig im Betrieb haben — es wird bei uns dauernd furniert —, ist es besonders um die Mittagszeit unerträglich heiß bei uns. Heute hatten wir 40 Grad Celsius. Leider komme ich vor Sonntag nicht einmal zu einem richtigen Bad, weil wir die ganze Woche überarbeiten müssen. Wir —“ aber ich denke, das genügt.

Ein Bauarbeiter schreibt das Folgende: „Schönes Trodenwetter, wirklich. Allerdings, den ganzen Tag auf dem Gerüst, das ist weniger schön. — Und erst auf dem Dach — zum Schlappwerden! Dabei soll der Bau bis zum Herbst beziehbar sein, wenn der Bauherr aus der Schweiz zurückkehrt. Jetzt schafft man wieder über, und im Winter sieht man daheim. Als wenn ich meinen Garten im Winter bestellen könnte —“

Von einem erkrankten Arbeiter stammen diese Zeilen: „Bei diesem Wetter erhole ich mich zusehends, nur das Krankengeld ist halt ein bißchen knapp. — Warum mir der Arzt bei dieser Hitze gerade von 8—12 und von 15—19 Uhr Ausgang schreibt, ist mir ein Rätsel. Abends, wenn es schön kühl ist, muß ich zu Hause bleiben. Vielleicht tut mich die Kasse auf 4 Wochen zur Erholung wohin, das ist doch für die Proleten die einzige Möglichkeit, einmal zu einer Kur zu kommen. Wenn nicht, dann nehme ich mir meine 4 Tage Ferien und gehe früh schon in den Wald usw.“

Während ein seit einem halben Jahre Arbeitsloser sich so ausläßt: „Schrecklich! — Sommer — so ein Wetter und immer keine Arbeit. Dabei hatte ich gedacht, wenn nur erst der Winter herum ist. So kamstelt man freilich im Freien. Die Stadt ist ja gut, sie gibt uns Freikarten fürs Familienbad, und nun sagt meine Alte: Geh zur nicht so viel ins Wasser, du kommst immer ausgehungert wie ein Wolf nach Hause; wo soll ich's denn hernehmen bei den paar Mark Unterstützung?“

Wie gesagt, ich bin kein bißchen mißgünstig, ich will meinen Bekannten ihre Ferien nicht verleidern und will

es darum bei diesen Grüßen bewenden lassen. So ein klein wenig Zerstreuung in der Sommerfrische ist ab und zu ganz angenehm, zumal sie dazu beitragen könnte, die, welche die Ferienfreuden genießen können, zu veranlassen, etwas mehr als bisher mitzuhelfen, daß auch gerade die Arbeiter mehr als drei, vier oder höchstens acht Tage Ferien bekommen.

Oder sollten die Sommerfrischler alle der Auffassung sein, daß nur die sogenannten Bessersituierten ein Anrecht auf Ferien hätten? — Ich glaube doch nicht! — J. d. R.

Die Geschichte vom Hornberger Schießen.

Vom Hornberger Schießen redet jeder, und was damit gemeint ist, weiß auch jeder. Aber woher die Redensart kommt, ist kaum einem bekannt, und deshalb verdient die spasshafte Geschichte, die mit dieser Redensart verknüpft ist, und die Reinhold Grimm im neuesten Heft der Badischen Blätter für Heimatkunde „Mein Vaterland“ erzählt, hier wiedergegeben zu werden. Zunächst wird erwähnt, daß Hornberg da liegt, wo die Gutach die Talengen verläßt und

gemächlich durch das breitere Land fließt. Das Hornberger Schloß, eine der wichtigsten Burgen des Schwarzwaldes, erhebt sich mäßig und stolz über dem Tal. Von den Freiherren von Hornberg gegen Ende des 13. Jahrhunderts erbaut, wurde es Mitte des 15. Jahrhunderts der Sitz eines Württembergischen Obervogtes. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts, so erzählt nun die Geschichte, hatte Württembergs Herzog plötzlich das Verlangen, seine Stadt Hornberg zu besetzen. Schnell wurde die Reise angetreten, und Kuriere jagten voraus, um überall die Ankunft des allergnädigsten Herrn zu melden. In Hornberg gertete man in die allergrößte Aufregung. Man war sich klar, daß man den Herzog gebührend empfangen müsse; vor allem sollte es trachen, daß es nur eine Art hatte. So wurden die alten Kanonen hervorgeholt und gepugt, und es begann ein Probeschießen vom Schloßberg herunter, daß das ganze Tal dröhnte. Die Hornberger waren von ihrem Tun aber so entzückt, daß sie kein Ende finden konnten mit dem Probeschießen, bis alles Pulver verschossen war. Nun war guter Rat teuer. Der Herr Bürgermeister



Über Wiesen und Feldern
Sinkt nun der Sonne Brand,
Aus den schweigenden Wäldern
Schreitet der Schlaf ins Land.

Noch in Gräsern und Halmen
Tütel der müde Klang,
Der aus strahligen Pfalmen
Erntender Sigheln sprang.

Doch wie heimliches Grinsen
Sieg sich ein Lachen darin,
Von den roten und süßen
Lippen der Schnitterin...

Die Heringe sind da!

Im hohen Norden leuchtet die Mitternachtssonne; Tausende und aber Tausende von Seepögeln schweben in ihrem Licht, goldbleichenden Schneeflocken vergleichbar. Den Norden ziehen unzählige Fahrzeuge, Dampfer, Barken und Segelkutter an bläulich schimmernden Eisbergen vorbei. Der Höhepunkt der Heringsaison ist da! Millionen von Heringen schwimmen über den Nordocean, ein einziges Silbermeer.

Die Heringszeit ist nur kurz, aber gerade das erhöht den Reiz, das große Spiel mitzumachen, das für manchen ein Babanquespiel ist. Es gilt jetzt, nach seinem Glück zu greifen; die Spannung ist ungeheuer, jeder kann in einigen Tagen ein reicher Mann werden. Die Heringe werden größtenteils in Klureyri in Island an Land gebracht; doch in der letzten Zeit erscheint Sigluffjörd als hauptsächlichste Heringsgegend. Von September bis Juni liegt Sigluffjörd mit seinen paar hundert Einwohnern öde und verlassen. Zu Beginn der Heringsaison aber erwacht es aus dem Winterschlaf und beginnt ein kurzes, pulsierendes Leben. Dampfer kommen an, beladen mit spanischem Salz, mit Nekteln und anderen Spezereien, die dem fetten isländischen Sommerhering seinen berühmten Wohlgeschmack verleihen sollen. Sonnen und Ästen stapeln sich zu Türmen. Manche isländische Hausfrau beklagt in dieser Zeit die Abwesenheit ihrer tüchtigen Helferinnen im Haushalt, aber wie ein Magnet zieht die Heringszeit die weibliche Jugend Islands an. Der gute Verdienst, das fröhliche Arbeitsleben unter freiem Himmel mit vielen Kameraden, die Aussicht auf einen lustigen Tanz und die Möglichkeit, einen Bräutigam zu finden, loden die kleinen isländischen Mädchen; ein munteres Volk in bunten Kleidern belebt den Strand und füllt die „Heringsmädchenhotels“, eine Reihe kasernenartiger Baracken.

Eines Tages heulen alle Sirenen von den Dampfern, Glocken läuten, Kanonen donnern. Die Heringe sind da! Alles eilt zu den Schiffen. Im Nu ist eine ganze Flotte auf offener See. Laut isländischer Gesetz dürfen nur die Landeskinden in der Drei-Seezonen-Grenze fangen und zubereiten. Die norwegischen und dänischen Schiffer halten sich deshalb außerhalb dieser Zone auf. Bald sind die Schiffe gefährlich überfüllt. Jeder will aber seinen Anteil an der reichen Beute haben. Das Leben am Strand kann man nur mit dem Leben in einer Goldgräberstube vergleichen. Es ist dasselbe Milieu — trübsige, abenteuerlustige Menschen in malerischer Tracht, niedrige, schnell zusammengezwimmerte Behausungen, Kneipen mit Spiel und Tanz, ein farbiges Leben und Treiben, ein babylonisches Sprachendurcheinander. Abends geht es besonders lustig zu. In Island darf man nur den Schnaps des staatlichen Monopols genießen, aber mancher Matrose hat guten Whisky eingeschmuggelt, und so wird ein glücklicher Tag bis spät in die Nacht gefeiert. Die Sonne scheint die ganze Nacht hindurch, wie soll man da den Unterschied zwischen Tag und Nacht merken! Werden neue Heringsmassen gemeldet, so fängt das Spiel von neuem an.

schimpfte und suchte nach einem Ausweg, da es unmöglich war, in kurzer Zeit neues Pulver zu beschaffen. Schließlich beriet er seine Räte und eröffnete ihnen, daß sie beim Eintreffen des Herrn Herzogs die Kanonen vertreten müßten, und das wäre nicht anders möglich, als indem sie laut und kräftig „puff-puff“ schrien. Die Hornberger waren zu allen Zeiten eifrig und guten Glaubens, und so übernahmen die Stadtväter auch dieses Amt in der Überzeugung, daß ihr Bürgermeister es schon recht machen werde. Der Herr Herzog kam, und als Salut löste ihm das aus Beibrästen geschriene „puff-puff“ der Stadtväter entgegen. Sehr viel Humor hatte der hohe Herr augenscheinlich nicht; denn er war von dem Gifer seiner Landeskinder keineswegs gerührt, sondern er fühlte sich genasführt und verschrieb den Hornberger Kanonen je einen Tag Loch und dem Herrn Bürgermeister, wie sich's gebührte, dreimal so hohen Lohn, also drei Tage Loch. Damit hatte das Hornberger Schießen ein recht betrübliches Ende gefunden. Freilich gibt es für die Entstehung der Redensart vom Hornberger Schießen auch noch eine andere Lesart. Als die Hornberger 1667 ein großes Schützenfest abhielten und sich nach gründlichem Ausprobieren des gerade besonders gut geratenen Markgräfflers ans Werk machten, war, wie ein Chronist meldet, „ähliche Fauberey im Spiele“, also daß keiner der Schützen die Scheibe traf. Ein rabiater Gemeinderat verlangte aber auch, als das Jündertrout schon ausgegangen war, daß Hornberg durchaus keinen Schützenkönig haben müßte. Auch hier wußte der Bürgermeister Rat, und da das Schießen nun unmöglich war, ordnete er: „Deswegen wird unser Scheibenzeiger beauftragt, zu messen, wie weit und nach ein jeder Schütze an der Scheibe vorbeigeschossen hat.“ Da aber meldete der Scheibenzeiger, daß die Kugeln in der Luft keine Spur hinterlassen hätten und ein Messen „ein Ding der Unmöglichkeit“ wäre. So bekam die Stadt Hornberg zwar keinen Schützenkönig, die Nachwelt aber ihre Redensart vom Hornberger Schießen.

Butterfässer aus Papier.

Die Fässer, in denen Schweden keine Butter ausführt, waren bis vor kurzem aus Buchenholz, und da dieses immer knapper wurde, so stieg der Preis für Butterfässer in den letzten Jahren beständig, und Schweden mußte eine halbe Millionen Kronen für die Holzfässer zahlen, um seine Butter ausführen zu können. Nun aber hat den Schwedischen Butterhändlern der Allerweltstoff, aus dem sich so vieles machen läßt, aus der Not geholfen: das Papier. Wie in der „Papierwelt“ berichtet wird, ist es gelungen, Fässer aus einer Zellstoffart zu verfertigen, die bei einer Temperatur von 400 Grad Celsius unter hohem Druck gepreßt wird und dem fertigen Faß ein papierähnliches Aussehen verleiht. Diese papiernen Butterfässer sind nicht nur billiger als die aus Buchenholz, sondern sie haben auch noch andere große Vorzüge; sie sind ebenso stark wie die Holzfässer, leichter im Gewicht, dabei luftdicht abschließbar und von hohem hygienischen Wert. Für die Butterhändler bedeutet dies eine große Ersparnis.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das erste Vierteljahr 1928.

Table with columns for Einnahmen (Einnahmen) and Ausgaben (Ausgaben) for various districts (Gau) in the first quarter of 1928. Includes sub-headers for contributions, expenses, and membership statistics.

Bücher und Zeitschriften

Das Arbeitsrecht in der Praxis. Von Dr. Franz Goerzig. Neue Folge. 592 Seiten. Verlag Friedrich W. Bredel in Leipzig...

Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik. Von Fritz Naphthal. Schriftenreihe der Freien Sozialistischen Hochschule...

Im Verlag J. S. W. Dieck Nachf. in Berlin erscheinen die folgenden Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann...

Wir suchen für sofort zwei tüchtige Arbeiter u. Polierer. Anzeigebüro am Gebr. Stimpelmann & Kupig, Stadthaus 1 B.

Nobelbänke. In Qualität, Bitt, beste ged. Roth. Eisenp. sämtl. Größ. 2 m lg. 75 Mk. Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4.

Eiserne Furnierböcke mit 5 verstellbaren Stahlspindeln. fichte Weite 100 cm. Reklamepreis à Stück 55 Mk. frei jeder Station. Max Walther, Dresden 22.

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllend. Sorten. Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiß 5 Mk.

Erstklassige Fahrräder eigener Erzeugung. Sprechmaschinen und Schallplatten erhalten Sie bei uns!

Musikinstrumente - Sprechmaschinen! Direkter Versand ab Fabrikort. Schallplatten von 1 Mk. an! Ernste Preise! Reell! Umtausch gestattet! Kein Risiko!

Die Meisterprüfung im Tischlergewerbe. Ein Hand- und Lehrgang in Frage u. Antwort zum Gebrauch an Fachschulen und zum Selbststudium für Holz-, Tischler- und Tischlermeister.

„Apollo“ Bleistifte. Wir liefern: 6B extraweich, tiefdunkel; 5B extraweich, sehr schwarz; 4B sehr weich, sehr schwarz.

Grillen und Sorgen vertreibt Der Urberliner in Witz, Humor und Anekdote VON HANS OSTWALD

Schreiben Sie uns! Senden Sie mir gratis und franco Ihren reich illustrierten Prospektkatalog!